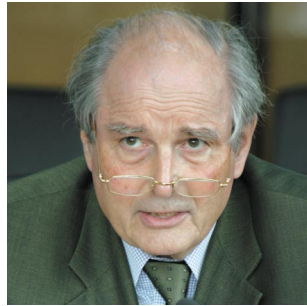


Marktwirtschaft.



Unternehmensteuerreform?!

- | | | |
|----|---|--|
| 01 | Titelthema
Unternehmensteuerreform?! | Die Konjunktur läuft. In Deutschland ist endlich wieder ein bemerkenswertes Wachstum zu verzeichnen, das sich im Entstehen von Arbeitsplätzen und in Steuer Mehreinnahmen niederschlägt. Das ist die gute Nachricht, die auf nationaler Ebene unter anderem durch die Lohnzurückhaltung der letzten Jahre und die Steuerreform 2000/2001 befördert wurde. |
| 02 | Editorial
Soziale Gerechtigkeit
zu einfach gemacht | |
| 03 | Kommission „Steuergesetzbuch“
setzt ihre Arbeit fort
Plenumssitzung | Die damalige Bundesregierung hat sich nicht mit der Korrektur von Steuersätzen begnügt, sondern ansatzweise auch Strukturen verändert, so z.B. die Entflechtung der Deutschland AG ermöglicht. Gleichwohl ist das deutsche Steuerrecht intransparent, ein Flickenteppich und in den Grundpfeilern eine Fehlkonstruktion geblieben. Deshalb ist es eine schlechte Nachricht, dass die Große Koalition auf eine grundlegende Überholung verzichtet und aus der großen Chance zu einer systematisch angelegten, echten Ertragsteuerreform nur Kleines erwachsen dürfte. |
| 04 | Brandmelder der Zukunft
Die aktuelle Generationenbilanz
ist erschienen | |
| 05 | Mehr Freiheit wagen
Warum eine freiheitliche
Wettbewerbsordnung zu mehr
Arbeit und Wohlstand führt | Einige der von der Regierung geplanten Schritte sind zu begrüßen, machen aber unter den geltenden Rahmenbedingungen das Steuerrecht noch komplizierter. Solange die Gesamtkonstruktion schief ist, tragen auch an sich gute Änderungen im Detail nicht weit. Das zentrale Ziel der Vereinfachung, dies ist schon gewiss, wird die Koalition leider verfehlen. Alles Weitere kann fundiert erst im Frühjahr 2007 nach Vorliegen des Gesetzesentwurfs beurteilt werden – entscheidende Fragen sind offen. |
| 06 | Reform des EU-Budgets
Tagung zu den finanziellen
Herausforderungen der EU | |
| 07 | Auszeichnung der Stiftung
für herausragende Medienpräsenz | Eine nachhaltige Unternehmensteuerreform dürfte somit auf der Tagesordnung bleiben. Ganz sicher gilt dies für eine bessere Finanzierung der Kommunen und Vereinfachungen auch bei der Einkommensteuer. Die „Kommission Steuergesetzbuch“ und die Stiftung Marktwirtschaft bleiben am Ball – auf ein Neues 2007! |
| 08 | Informationen zur Stiftung | |

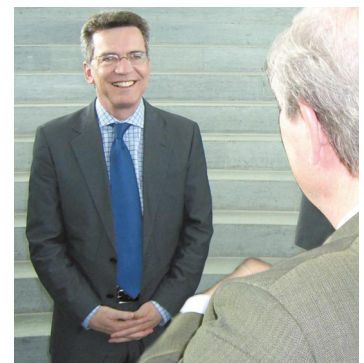


Plenumssitzung der Kommission „Steuergesetzbuch“

Diskussion über die sich abzeichnenden Regierungsvorschläge

Ende August kam in Berlin die Kommission „Steuergesetzbuch“ zu einer Plenumssitzung in Räumlichkeiten des Deutschen Bundestages zusammen. Auf der Tagesordnung standen Beratungen zur weiteren Ausführung des „Steuerpolitischen Programms“ der Kommission sowie eine ausführliche Erörterung der absehbaren Pläne der Bundesregierung zur Unternehmensteuerreform. Die Analysen aus dem Expertengremium der Kommission waren insbesondere für diejenigen Kommissionsmitglieder aufschlussreich, die zugleich in der Arbeitsgruppe der Koalitionsparteien zur Unternehmensteuerreform mitwirkten oder an anderer Stelle eingebunden waren. Erste bekannte Details wie auch der Gesamtansatz der „Eckpunkte für eine Unternehmensteuerreform“ wurden ausführlich diskutiert und bewertet. Im Anschluss an die fachlichen Beratungen traf die Kommission im Kanzleramt mit Kanzleramtsminister Thomas de Maizière zusammen.

Auch hier rückte Prof. Lang die Reformvorschläge des „Steuerpolitischen Programms“ in den Vordergrund und warb dafür, sich nicht mit einem neuen Aufguss des „Jobgipfels“ zufriedenzugeben.



Bilder oben (v. l.)

Portraits: Friedrich Merz, MdB, Prof. Dr. Joachim Lang, Prof. Dr. Johanna Hey, Minister Prof. Dr. Ingolf Deubel. Mitte: Kanzleramtsminister Dr. Thomas de Maizière und Prof. Dr. Joachim Lang.



Pressestimmen

Frankfurter Allgemeine

„Berechnungen der Stiftung Marktwirtschaft zufolge beträgt die tatsächliche Höhe der Finanzierungslücke des Staates 7,1 Billionen Euro und ist damit fünfmal so hoch wie der aktuelle Schuldenstand von 1,5 Billionen Euro“, schreibt Dr. Matthias Müller in der FAZ.

RHEINISCHE POST

Der Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen, so Alexander von Gersdorff in der Rheinischen Post, „will die finanziellen Lasten offen legen, die den künftigen Steuer- und Beitragszahlern aufgebürdet werden, sofern an den Systemen nichts geändert wird.“

Neue Zürcher Zeitung

Peter Rasonyi, Korrespondent der NZZ in Berlin, beschreibt, dass sich die Lage noch schlimmer darstellt, wenn die implizite Verschuldung der Sozialversicherungssysteme berücksichtigt wird: Dann offenbart sich „gemäss den Berechnungen der Stiftung Marktwirtschaft die ‘Nachhaltigkeitslücke’, die der Staat künftigen Generationen aufbürdet, [i.H.v.] 324% des BIP. Angesichts solcher Herausforderungen erscheinen die Konsolidierungsanstrengungen der Regierungskoalition als doch ziemlich bescheiden.“

FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND

Laut Birgit Marschall von der FTD wird die Generationenbilanz von Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft, „von vielen Fachleuten anerkannt“, und sie fügt hinzu: „Der Ökonom ermahnte die Politik zu mehr Reformfreudigkeit.“

Handelsblatt

„Der Ökonom verlangte Rationierungen im Gesundheitssystem“, erläutert Donata Riedel im Handelsblatt: „Dieses Sozialsystem sei am drastischsten unterfinanziert, wenn alle die heutigen Leistungen einschließlich des künftigen medizinischen Fortschritts erhielten.“

Presse vom 13.07.06 außer NZZ vom 22.11.06

Brandmelder der Zukunft

Die aktuelle Generationenbilanz ist erschienen

Selten verliefen im Deutschen Bundestag die Debatten zum Haushaltsplan für das kommende Jahr so entspannt wie in diesem Herbst. Dies ist nicht nur das Ergebnis eines ausgeprägten Harmoniebedarfs in der Großen Koalition, sondern vor allem der guten konjunkturellen Entwicklung und damit über Plan liegenden staatlichen Einnahmen geschuldet. Von daher könnte man angesichts der sinkenden Nettoneuverschuldung hoffen, Deutschland sei nach Jahren steigender Budgetdefizite endlich auf hinreichend gutem Wege. Doch dieser vordergründige Eindruck trügt. Nicht nur, dass der gegenwärtige konjunkturelle Boom die Situation der Staatsfinanzen positiv verzerrt. In langfristiger Perspektive noch viel dramatischer ist das Problem, dass die traditionellen Indikatoren der Haushaltspolitik – wie das Budgetdefizit oder der Schuldenstand – nur ein sehr unvollkommenes Bild der tatsächlichen Verbindlichkeiten abgeben, die der Staat z.B. in Form von Leistungsversprechen gegenüber seinen Bürgern eingeht.

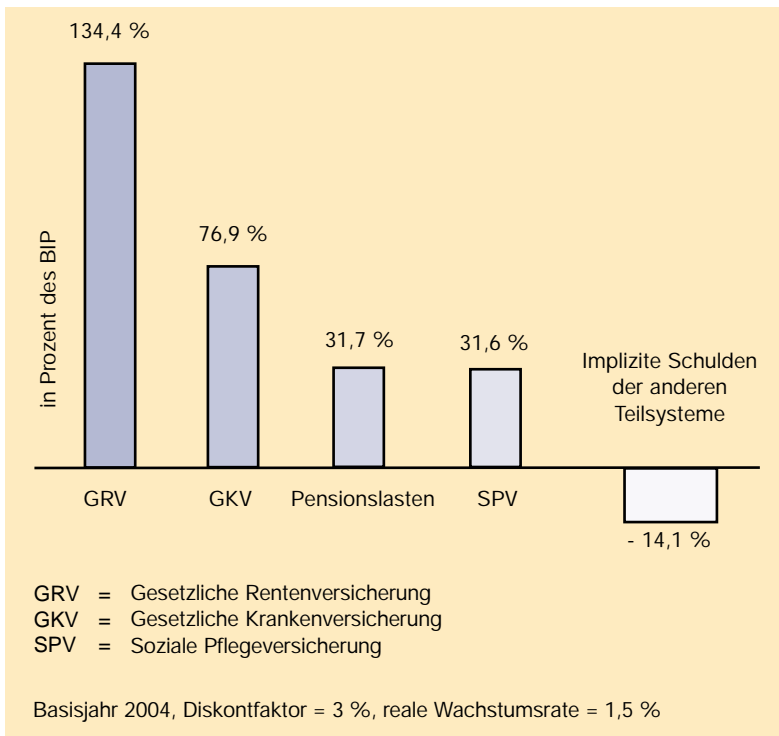
Eine ehrlichere Bilanzierungsmethode für die langfristige Analyse der öffentlichen Finanzen ist die Methode der Generationenbilanzierung. Diese bezieht zum einen die Sozialversicherungen in die Betrachtung ein. Zum anderen berücksichtigt sie auch die demographische Entwicklung, welche die öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahrzehnten vor große Probleme stellen wird. Denn während die staatlichen Ausgaben insbesondere in den Sozialversicherungen mit der zunehmenden Alterung der Bevölkerung stark ansteigen, stagniert zugleich auf der Einnahmenseite das lohn- und rentenabhängige Beitragsaufkommen oder geht sogar zurück. Das quantitative Ausmaß dieses fortschreitenden Missverhältnisses wird von der Generationenbilanz erfasst und muss im Sinne einer impliziten Verschuldung zur expliziten Staatsverschuldung von derzeit fast 65 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) hinzuaddiert werden.

Welche dramatische Entwicklung sich ohne weitere Reformen ergeben wird, zeigen die aktuellen Berechnungen von Prof. Bernd Raffelhüschen, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft sowie Leiter des Zentrums Generationenverträge, und seinen Mitarbeitern: Im Jahr 2004 summierte sich die implizite Staatsverschuldung auf 260,5 % des BIP. Zusammen mit der explizit ausgewiesenen Staatsverschuldung ergibt sich so eine gesamtstaatliche Nachhaltigkeitslücke von 323,7 % des BIP. Sie gibt an, wie viel mehr staatliche Leistungen den Bürgern – nach geltender Gesetzeslage – versprochen werden, als auf Dauer finanzierbar sind. Um diese Nachhaltigkeitslücke auszugleichen, müssten entweder ab sofort alle Steuern und Abgaben um 14,7 % angehoben bzw. die Mehrwertsteuer auf rund 28 % erhöht werden oder im Gegenzug würde eine Absenkung sämtlicher staatlicher Transferleistungen um 12,4 % erforderlich. Analysiert man die Hauptquellen der impliziten Staatsverschuldung, so zeigen sich die in der Abbildung auf Seite 5 skizzierten Nachhaltigkeitslücken der einzelnen staatlichen Teilsysteme. Dass die Nachhaltigkeitslücken nicht gottgegeben sind, sondern von der Politik aktiv beeinflusst werden können und müssen, zeigt die Analyse alternativer Szenarien.

Neuerscheinung

Christian Hagist, Bernd Raffelhüschen und Olaf Weddige: *Brandmelder der Zukunft – Die aktuelle Generationenbilanz, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik*, Nr. 97, September 2006.

Isolierte Nachhaltigkeitslücken der staatlichen Teilsysteme



So würde die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre – bei gleichzeitiger Ausschöpfung der Höchstgrenze von 22 % beim Beitragssatz – die Nachhaltigkeitslücke in der Rentenversicherung um 88,2 Prozentpunkte auf nur noch 46,2 % des BIP sinken lassen. Mit der ins Auge gefassten Reform wäre die Rente also fast wieder „sicher“.

Hingegen stellen sich die Probleme in der Gesetzlichen Krankenversicherung möglicherweise noch sehr viel größer dar als prognostiziert. Bei Berücksichtigung des kostentreibenden medizinisch-technischen Fortschritts kommt es in der Gesetzlichen Krankenversicherung fast zu einer Verdreifachung der Nachhaltigkeitslücke auf 218,2 % des BIP. Das Erschreckende dabei ist, dass die derzeit diskutierte Gesundheitsreform daran so gut wie nichts ändern würde.

Mehr Freiheit wagen

Warum eine wettbewerbsorientierte Rahmenordnung zu mehr Arbeit und Wohlstand führt

Die Stiftung Marktwirtschaft hat den ersten Jahrestag der Bildung der Großen Koalition zum Anlass genommen, die Umsetzung des Regierungsmottos „Mehr Freiheit wagen“ wieder zu beleben. Mit diesem Aufbruchsignal für einen neuen Kurs wurde seinerzeit das ehrgeizige Ziel verbunden, Deutschland in zehn Jahren unter die ersten drei Wachstumsländer in Europa zu führen. Befindet sich das Land dafür nun auf dem richtigen Weg?

Nach einem Jahr wird deutlich, dass sich mehr bewegen muss, als eine lediglich beim Bürokratieaufbau effiziente Gesundheitsreform, eine Deregulierung, die de facto keine Wirkung zeigt oder eine oberflächliche Steuersatzrevision, die die Strukturen verworren lässt. Für nachhaltiges Wachstum ist ein viel tieferes Bohren nötig: Strukturelle, über Jahrzehnte aufgebaute Defizite müssen endlich abgebaut und Fehlentscheidungen revidiert werden. Freiheit und Wettbewerb müssen konsequent Vorfahrt haben. Die Publikation analysiert die langsame Wandlung der Wirtschaftswunder-Republik zum gefesselten Wohlfahrtsstaat und verdeutlicht, dass nur eine Rückkehr zu individueller Verantwortung und ein gleichzeitiger Rückbau des Staates

nachhaltig aus dem Dilemma von Schulden, Arbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche führen. Deutschland muss hierfür wieder Mut zum Wettbewerb entwickeln: Wettbewerb führt auch in komplexen Wechselspielen von Markt, Institutionen und Bürgern zu dauerhaft guten Ergebnissen, beispielsweise im Rahmen eines offenen europäischen Dienstleistungsmarktes. Wettbewerb ist unabdingbar, wenn es um die Reform des Arbeitsmarktes und der Sozialsysteme geht. Viele Länder haben bereits mehr Freiheit gewagt. Die Arbeit zeigt anhand ausgewählter Beispiele, mit welchen Reformkonzepten im Ausland Erfolge erzielt wurden, die sich in einer wachsenden Wirtschaft und sinkender Arbeitslosigkeit niedergeschlagen haben. Allen Reformen war die Rückkehr zur Freiheit, zu mehr Wettbewerb und zu größerer individueller Verantwortung gemeinsam. Nach diesem Vorbild muss sich Deutschland wandeln.

Neuerscheinung

Carl Dominik Klepper, Katrin Schnettler: *Mehr Freiheit wagen, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik*, Nr. 98, November 2006.

Reform des EU-Budgets

Tagung in Brüssel zu den finanziellen Herausforderungen für die Europäische Union in Zeiten globalen Wandels

Die Finanzen der Europäischen Union sind seit Jahrzehnten ein permanenter Streitpunkt zwischen den Mitgliedstaaten. Sowohl über die politischen Zuständigkeiten der Europäischen Union – und damit auch über die Frage, in welchen Politikbereichen und mit welchem Finanzvolumen die EU aktiv werden sollte – als auch über die Finanzierungsmodalitäten des EU-Haushaltes entbrennen regelmäßig erhitzte Diskussionen.

Zwar ist es den europäischen Staats- und Regierungschefs in der Vergangenheit immer wieder – zuletzt im Dezember 2005 – gelungen, trotz des Einstimmigkeitsgebots für ein paar Jahre einen politischen Kompromiss zu finden. Das ernüchternde Ergebnis dieses „historischen Konsensfindungsprozesses“ spiegelt sich allerdings in der gegenwärtigen Struktur des EU-Budgets wider. Dieses ist weit davon entfernt, die wirtschaftspolitischen Ziele der EU zu realisieren oder auch nur grundlegenden ökonomischen Effizienzkriterien zu entsprechen.

Noch immer machen die Agrarsubventionen deutlich über 40 % des derzeit jährlich rund 112 Mrd. Euro umfassenden EU-Budgets aus. Damit fließt nach wie vor ein Löwenanteil in einen Wirtschaftssektor, der gerade einmal 3 % des BIP und nur 5 % der Beschäftigten stellt und nicht gerade der Inbegriff eines zukunftsorientierten Wachstumssektors ist. Hingegen sind nur 9 % des Haushaltsvolumens zur Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und des Wirtschaftswachstums vorgesehen. Auch auf der Einnahmenseite des EU-Budgets treten die Defizite deutlich zu Tage: Es ist übermäßig komplex, intransparent und beinhaltet nicht (mehr) zu rechtfertigende Sonderregelungen – beispielsweise in Form des britischen Beitragsrabatts.

Vor diesem Hintergrund hat die Stiftung Marktwirtschaft gemeinsam mit der Friedrich Naumann Stiftung die Reformnotwendigkeiten und Reformoptionen des EU-Haushalts in den Mittelpunkt einer hochkarätig besetzten Tagung in Brüssel gestellt. Durch die Veranstaltung führte Dr. Karen Horn, Wirtschaftsredakteurin bei der FAZ. Hinsichtlich der Ausgabenstruktur bestand bei allen Referenten große Einigkeit über den drängenden Handlungsbedarf. Insbesondere EU-Kommissarin Dalia Grybauskaitė übte heftige Kritik am Verhalten der Mitgliedstaaten. Diese hätten während der letzten Finanzverhandlungen für die Jahre 2007 bis 2013 ihre reformorientierte politische Rhetorik komplett „vergessen“ und die Sicherung vermeintlicher nationaler Vorteile über das Gesamtziel einer prosperierenden EU gestellt. Dennoch wolle die Kommission im Rahmen der Überprüfung der mittelfristi-



Bild oben

Dalia Grybauskaitė, Ph. D., bei ihrem Vortrag auf dem Podium.

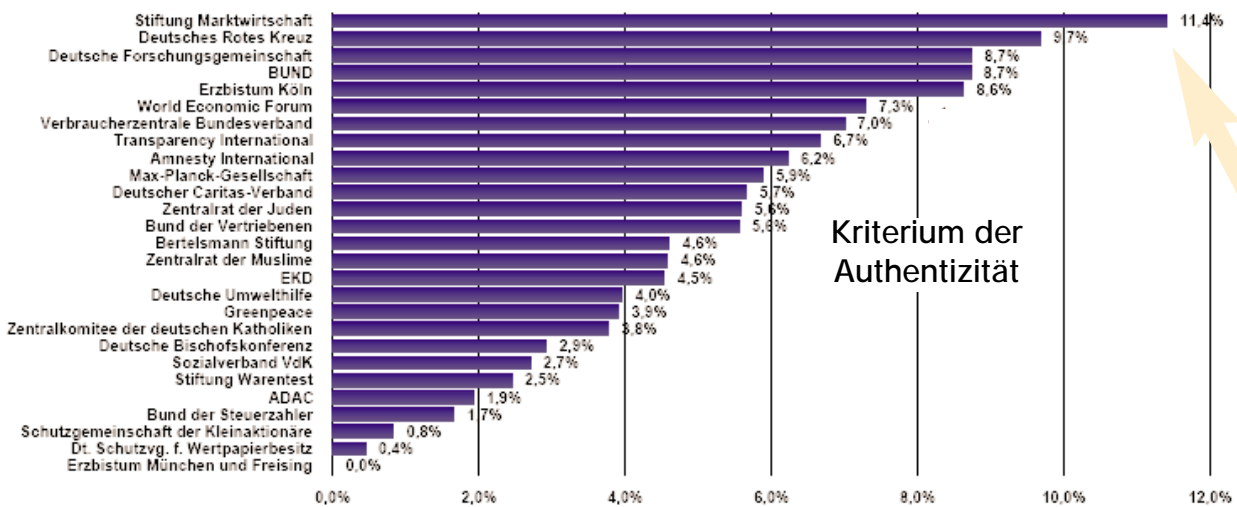
gen Finanzplanung in den nächsten beiden Jahren erneut versuchen, auch bei politisch umstrittenen Themen den Reformprozess durch eine ambitionierte und tabulose Diskussion anzustoßen. Große Zustimmung fand dieses Vorhaben bei Prof. André Sapir und bei Dr. Silvana Koch-Mehrin MEP, stellvertretende Vorsitzende der Allianz der Liberalen und Demokraten in Europa (ALDE-Group). Beide traten dem lähmenden Besitzstandsdenken in den Mitgliedstaaten entgegen und forderten einen effizienten Mitteleinsatz. Dr. Koch-Mehrin skizzierte darüber hinaus ein reformiertes Einnahmensystem für die EU: Danach sollte – neben den traditionell der EU zufließenden Zolleinnahmen – jeder Mitgliedstaat nur noch einen seinem Bruttosozialprodukt proportionalen Beitrag in Höhe von einem Prozent abführen – ohne irgendwelche Ausnahmen oder Sonderregelungen.

Prof. Iain Begg plädierte hingegen dafür, das gegenwärtige „Eigenmittelsystem“, bei dem die Mitgliedstaaten de facto Finanzbeiträge an die EU abführen, durch eine eigenständige EU-Steuer zu ersetzen. Dem Einwand, dass eine eigene Steuerkompetenz der EU zu einer zusätzlichen Steuerbelastung der Bürger führen könnte, hielt er entgegen, dass dies keineswegs zwingend der Fall sein müsse, sondern eine politische Entscheidung sei. Denn in dem Ausmaß, in dem die EU eigenständig Steuern erheben könnte, würden die nationalen Haushalte der Mitgliedstaaten entlastet.

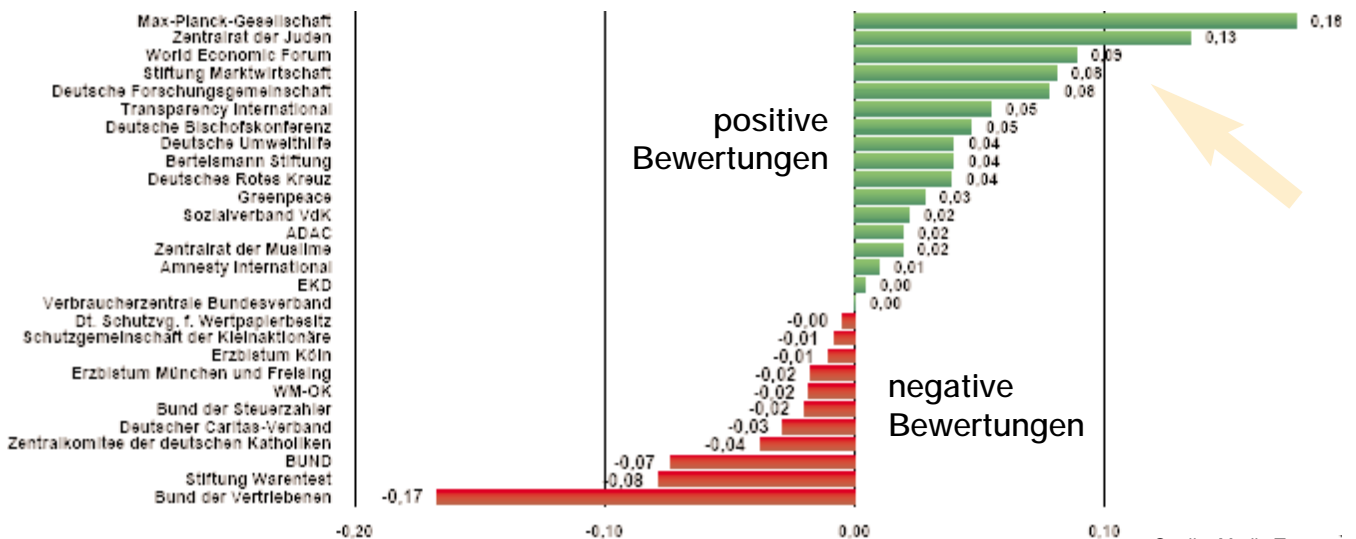
Stiftung Marktwirtschaft erhält NGO Award

Auszeichnung für herausragende Medienpräsenz

Die Stiftung Marktwirtschaft gehört zu den diesjährigen Preisträgern des Communicator Award für Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs). Die inhaltliche Analyse von rund 17.000 Passagen in so genannten „Leitmedien“ (Presse und Fernsehen) ergab, dass die Stiftung Marktwirtschaft häufig im Gespräch ist und dabei von den Medien in ihrer Berichterstattung als eine positive, beständige und zukunftsgerichtete Kraft dargestellt wird. Nach dem Kriterium „Interviews und Gastbeiträge“ wurden der Öffentlichkeit die Positionen der Stiftung oft in einer besonders authentischen Form übermittelt und haben der Stiftung zugleich ein Gesicht gegeben (siehe nachfolgende Abbildung).



Die Stiftung Marktwirtschaft hat im Gesamtranking den 3. Platz eingenommen. Sie folgt damit der Max-Planck-Gesellschaft mit über 12.000 Mitarbeitern in 80 Instituten und einem Jahresbudget von insgesamt 1,3 Milliarden Euro. Auf Platz 1 liegt der Bundesverband der Verbraucherzentrale, der insbesondere während der WM 2006 durch seinen Appell für einen verbraucherfreundlicheren Ticketverkauf viel Aufmerksamkeit erhielt. Die Medienpräsenz der Stiftung überstieg damit die vieler anderer Organisationen, die auf ein Vielfaches an Mitarbeitern und Haushaltsmitteln zurückgreifen können. Die Ein-Jahres-Analyse des Medien-Images im Vergleich mit der gesamten NGO-Berichterstattung ergibt ebenfalls im Saldo eine überwiegend positive und zustimmende Wahrnehmung in den Medien (siehe Abbildung unten). Vorstand Prof. Dr. Michael Eilfort nahm die Auszeichnung im Oktober in Bonn entgegen.



Quelle: Media Tenor

Meldungen

in Kürze Informationen +
Nachtrag + Termine
 + Besuche

+++++ +++++ +++++ +++++

Tagungsbericht „Wege zu mehr Beschäftigung“ erschienen. In der letzten Ausgabe des Blickpunkts stellten wir bereits kurz Ansätze zur Überwindung des Stillstands auf dem Arbeitsmarkt vor. Sie können den Bericht unentgeltlich von unserer Homepage herunterladen oder bei uns anfordern.

+++++ +++++ +++++ +++++

Eine Delegation russischer und ukrainischer Journalisten sprach mit Vorstand Prof. Dr. Michael Eilfort im Rahmen des Programms „Journalisten International“. Die Medienvertreter zeigten großes Interesse an der Idee der Erhardschen Marktwirtschaft und diskutierten über die wachsende deutsche „Staatwirtschaft“.

+++++ +++++ +++++ +++++

Aus Ägypten suchte der Mitbegründer des **Egypt Liberal Forum**, Mohammed Ibrahim Nosseir, die Stiftung Marktwirtschaft auf, um die Arbeit eines deutschen Think Tanks aus der Nähe kennen zu lernen. Er selbst beabsichtigt, in Ägypten einen Think Tank mit liberaler Ausrichtung aufzubauen und fragte nach Erfahrungen, Tipps und Anregungen.

+++++ +++++ +++++ +++++

Anfang 2007 veröffentlicht die Stiftung Marktwirtschaft eine neue Studie ihres wissenschaftlichen Beirates, dem Kronberger Kreis, über die Dienstleistungsfreiheit und die Auswirkungen der neuen **Dienstleistungsrichtlinie der EU**. Einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit stellt die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit im Gesundheitswesen dar. In unserer nächsten Ausgabe berichten wir über die Studie, die als Band 45 in unserer Schriftenreihe erscheint, ausführlicher.

+++++ +++++ +++++ +++++



Dr. Elizabeth Sommerlad sagt „Good-bye“

Dr. Elizabeth Sommerlad ist vom Stiftungsratsvorsitzenden, Prof. Dr. Theo Siegert, mit fast 67 Jahren in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet worden. Als die Stiftung Marktwirtschaft noch Frankfurter Institut genannt wurde und ihr Sitz nicht in Berlin, sondern in Bad Homburg lag, hat die gebürtige Amerikanerin und Dozentin für Germanistik und Anglistik einer amerikanischen Universität in Texas die Arbeit für den deutschen Think Tank aufgenommen.

Fortwährend kompetent und jederzeit aufmerksam unterstützte sie die Arbeit des Stiftungsvorstandes maßgeblich und nahm die Geschicke der Stiftung auf ihre eigene, tatkräftige Weise in die Hand. Sie vereinte zugleich das Naturrelle einer gestandenen Persönlichkeit mit dem Wesenszug einer guten Seele im Umgang mit Freunden und Interessenten der Stiftungsarbeit.

Fragt sich nun nur, ob unsere lebensfreudige und unermüdliche Mitarbeiterin und Kollegin weiß, was gemeinhin unter dem Ausdruck „Ruhestand“ verstanden wird.

Wir danken ihr und wünschen ihr alles Gute!

Impressum

Stiftung Marktwirtschaft
 V.i.S.d.P.: Susanna Hübner
 Charlottenstr. 60
 10117 Berlin

Tel.: (030) 206057-33
 Fax: (030) 206057-57

www.stiftung-marktwirtschaft.de
info@stiftung-marktwirtschaft.de